

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

Anfrage 190 des Herrn Kollegen Appel.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Mündlich!)

- In der nächsten Sitzung mündlich.

Anfrage 191 der Frau Kollegin Dr. Grüber. Soll die Frage schriftlich beantwortet werden?

(Abgeordnete Dr. Grüber [GRÜNE]: Schriftlich!)

- Schriftlich.

Anfrage 192 des Herrn Kollegen Kreuz.

(Abgeordnete Kreuz [GRÜNE]: Schriftlich!)

- Schriftlich.

Anfrage 193 von Herrn Kollegen Dr. Vesper.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Schriftlich!)

- Schriftlich.

(B) Das waren die Mündlichen Anfragen, die heute zu behandeln waren.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992
(Haushaltsgesetz 1992)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/2450

in Verbindung damit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 1991 bis 1995 mit Finanzbericht 1992

Unterrichtung
durch die Landesregierung

- zur Beratung -
Drucksache 11/2451

und

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 1992) und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltjahr 1992 (Solidarbeitragsgesetz - SBG 1992)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/2452

erste Lesung - Einbringung

Zur Einbringung des Haushaltsgesetzes und der Finanzplanung erteile ich dem Herrn Finanzminister das Wort.

- Herr Minister Schleußer.

Finanzminister Schleußer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit dem 3. Oktober 1990 leben wir in einer politisch völlig veränderten neuen Welt. Von Tag zur Tag erfahren wir es deutlicher: Die Politik war auf die Vereinigung Deutschlands nicht vorbereitet, die Finanzpolitik des Gesamtstaates noch weniger. Das Ergebnis bis heute: Nur 7 % der befragten Führungskräfte der deutschen Wirtschaft glauben, daß die Bundesregierung die Staatsfinanzen bald wieder in Ordnung bringt.

(Zurufe von der CDU)

"Wir können nicht einfach so weitermachen wie bisher", sagte der Bundesfinanzminister in der letzten Woche. Wie wahr! Nur: Diese Erkenntnis kommt ein wenig spät. Noch vor wenigen Monaten hieß es: "Weiter so, Deutschland!". So schnell ist noch nie eine Propagandalinie gescheitert. "Weiter so!" hat keine Zukunft.

(Zustimmung bei der SPD - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Es geht doch aufwärts!)

(C)

(D)

(A) (Minister Schleußer)

Ich stelle fest: Die notwendige Bestandsaufnahme, welche Finanzierungserfordernisse die deutsche Einigung für den Gesamtstaat mit sich bringt, hat die Bundesregierung noch immer nicht geleistet. Nur bruchstückhaft und in Ansätzen erfährt die Öffentlichkeit, welche Finanzierungsdefizite noch auf Lösung warten.

Wertvolle Zeit ist vertan. Wir haben die Bundesregierung frühzeitig aufgefordert, auf die Steuersenkung 1990 zu verzichten; damals waren die Lasten schon absehbar. Die Bundesregierung hat dieses Angebot nicht einmal diskutieren wollen. Die massiven Steuererhöhungen seit Juli 1991 beweisen, wie richtig diese Forderung war.

(Zustimmung bei der SPD)

Wie dringend ein schlüssiges Konzept zur Finanzierung des Einigungsprozesses ist, belegen die bekannten Daten. Die Verschuldung des Gesamtstaates hat 1990 die Billionengrenze überschritten. Nach Projektion des Bundesfinanzministers werden Neuschulden in diesem Jahr in Höhe von 157 Milliarden DM hinzukommen.

(B) (Abgeordneter Schauerte [CDU]: Da sind Sie dabei!)

Die Deutsche Bundesbank sagt eine Gesamtverschuldung von 1 200 Milliarden DM am Ende des laufenden Jahres voraus.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Linssen und Schauerte [CDU] sowie Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Dabei sind nicht einmal die Nebenhaushalte berücksichtigt: die Treuhand mit einem Defizit von 20 bis 23 Milliarden DM, Bahn und Post mit 22 Milliarden DM, die staatliche Wohnungswirtschaft Ost mit 7 Milliarden DM. Das alles sind Zahlen für 1991.

Ohne diese Nebenhaushalte erreicht der Finanzierungssaldo mit 5,6 % des Bruttosozialproduktes einen Anteil, der mehr als doppelt so hoch ist wie die entsprechende Durchschnittsquote aller OECD-Länder.

Selbst nach den Planzahlen der Bundesregierung

werden die Schulden der öffentlichen Haushalte bis 1995 mindestens um weitere 600 Milliarden DM anwachsen. Das hat jährliche Zinsleistungen von 130 Milliarden DM zur Folge, d. h. 350 Millionen DM pro Tag. Damit würde die Kreditaufnahme der öffentlichen Haushalte bis 1995 fast zwei Drittel der gesamten privaten Ersparnisbildung in Anspruch nehmen.

Hohe staatliche Defizite und dadurch verursachte extrem hohe Zinsen sind die unsozialste Form der Vermögensumverteilung.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das sagt der Weltmeister im Schuldenmachen!)

Die 1,8 Millionen Haushalte, die knapp 50 % des gesamten Geldvermögens besitzen, werden ihren Wohlstand bei anhaltend hohen Zinsen weiter mehren können, im wesentlichen finanziert durch Zinszahlungen des Staates. Die 7,2 Millionen Haushalte aber, die kein Geldvermögen besitzen oder sogar verschuldet sind, verlieren durch hohe Zinsen zunehmend weitere Teile ihres verfügbaren Nettoeinkommens.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Die überhöhte Kreditaufnahme verschiebt zusätzlich nicht verantwortbar die Lasten zwischen den heute lebenden und den kommenden Generationen.

Richtig ist: Die mit der deutschen Einheit verbundenen enormen Lasten müssen gerecht auf mehr als eine Generation verteilt werden. Die heute arbeitenden Menschen können nicht alle Lasten der Einheit und des Krieges tragen. Aber es wäre auch schlicht unverantwortlich, den nachfolgenden Generationen weitgehend eine solche Last allein aufzubürden.

Für 1991 und 1992 war die Höhe der Neuverschuldung vielleicht noch verantwortbar. Spätestens ab 1993 muß die Neuverschuldung des Gesamtstaates um mindestens 30 Milliarden DM stärker als geplant zurückgeführt werden. Dabei ist noch keine Vorsorge für Risiken in die gesamtstaatliche Bilanz eingestellt, die sich heute schon abzeichnen.

Eine Gefahr ist die künftige Entwicklung der Konjunktur. Zurückgehende Wachstumsimpulse aus dem

(C)

(D)

(A) (Minister Schleußer)

Ausland und steigendes Preisniveau im Inland bremsen die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in der zweiten Jahreshälfte deutlich. Die Nachfrage nach westdeutschen Konsumgütern läßt spürbar nach, die Nachfrage nach Investitionsgütern ist nur schleppend.

Zusätzliche Gefahren gehen von der inzwischen wieder beschleunigten Inflationsrate aus. In dieser Situation hat der Zentralbankrat mit seinen Beschlüssen vom 15. August 1991 ein deutliches stabilitätspolitisches Zeichen gesetzt. Unter wachstumspolitischen Gesichtspunkten liegt in dem Beschluß zur Erhöhung der Leitzinsen allerdings die Gefahr zusätzlicher Konjunkturrisiken.

Weitere Risiken zeichnen sich ab, die in der Rechnung des Bundesfinanzministers nicht enthalten sind. Um nur einige zu nennen: die Treuhänd mit ihrer defizitären Entwicklung, Ausfallrisiken bei Gewährleistungen des Bundes, die Kosten für die Beseitigung ökologischer Schäden in den neuen Ländern, die Kosten für die Verlegung des Regierungssitzes von Bonn nach Berlin, die wahrscheinliche Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Erhöhung des Grundfreibetrages bei der Einkommensteuer, die soziale Abfederung bei der Neuregelung des § 218 StGB, der marktwirtschaftliche Umbau der Staaten Osteuropas. Das wird uns zusätzliche finanzielle Leistungen abverlangen. Exakt beziffern lassen sich diese Risiken noch nicht. Sicher ist, daß sie Mehrbelastungen in zweistelliger Milliardenhöhe auslösen werden.

(B)

Dabei ist der Aufbau der neuen Länder lange nicht beendet. Für diese vorrangige und zentrale Aufgabe wird über 1995 hinaus ein erheblicher finanzieller Aufwand erforderlich sein. Durch die degressive Ausgestaltung des Fonds "Deutsche Einheit" entstehen Finanzierungslücken in den Haushalten der neuen Länder und Gemeinden. Schon die Stabilisierung des Fonds auf dem Niveau des Jahres 1991 bringt bis 1994 einen Zuschußbedarf von 47 Milliarden DM.

Bei dieser Rahmenlage ist eine klare und deutliche Bestandsaufnahme zwingend. Wir brauchen Klarheit, wie hoch der Finanzbedarf in den kommenden Jahren sein wird und wie er gedeckt wird. Die Politik des "Weiter so!" ist eindeutig gescheitert!

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es gibt drei denkbare Wege, um mit diesem enormen Finanzbedarf des Gesamtstaates fertigzuwerden, um ihn zu decken: 1. weitere Kreditaufnahme, 2. Einsparungen bei Bund und den alten Ländern, um daraus Umschichtungsvolumen für neue Aufgaben zu gewinnen, 3. eine Verbesserung der Einnahmen.

Den Weg zusätzlicher Neuverschuldung können wir nicht mehr gehen. Schon jetzt sind wir weit von dem entfernt, was an Neuverschuldung gesamtwirtschaftlich und finanzpolitisch zu vertreten ist. Nordrhein-Westfalen wird diesen Weg weder auf Bundesebene akzeptieren noch für den Landeshaushalt gehen können. Im Gegenteil: Wir müssen die Neuverschuldung kräftig zurückführen.

Bei der laufenden Diskussion über die beiden anderen Wege wird zur Zeit nur das "Entweder/Oder" gesehen: entweder nur Einsparungen in den Haushalten oder nur die Erhöhung von Steuern.

Alles das, was zum Erfordernis von Einsparmaßnahmen gesagt wird, unterstütze ich. Was der Landeshaushalt dazu beitragen kann, was Nordrhein-Westfalen auf Bundesebene als gewichtigstes Bundesland dazu einbringen kann, soll und wird geschehen. Nur: Ich vermisse den Realitätssinn. Einsparungen im Staatshaushalt in einer Größenordnung von mindestens 30 Milliarden DM bei sich abzeichnendem zwangsläufigen Mehrbedarf in etwa derselben Höhe, also ein Einsparvolumen von insgesamt 60 Milliarden DM - das geht an den tatsächlichen Möglichkeiten weit vorbei.

Die Frage des "Entweder/Oder" stellt sich so nicht. Die Finanzierungsprobleme, die mit der Vereinigung verbunden sind, sind so groß, daß eine Kombination beider Möglichkeiten unausweichlich ist.

Einsparungen bedeuten weniger an Leistungen für die Bürger. Dabei treffen Einsparungen in den Haushalten der jeweiligen Ebenen den Bürger unterschiedlich stark, was durch die jeweiligen Aufgabenbereiche der einzelnen Ebenen bedingt ist. Man muß sehen: Einsparungen bei Ländern und Gemeinden können sozialpolitisch härter wirken als Steuer- und Abgabenerhö-

(C)

(D)

(A) (Minister Schleußer)

hungen, die eine faire Lastenverteilung beinhalten. Um zu namhaften Einsparungen zu kommen, ist deshalb ein gesamtstaatlicher Konsens gefordert. Was erbracht werden müßte, ist erheblich. Denn es geht heute nicht mehr darum, irgendwelche Marginalien zu ändern. Gefragt sind Einsparvolumina in zweistelliger Milliardenhöhe.

Wir stehen damit gesamtstaatlich vor einer Neuorientierung und Neubewertung ganzer Politikfelder. Das ist vielen noch nicht bewußt: Die Rangordnung von öffentlichen Aufgaben muß bei Bund, Ländern und Gemeinden grundlegend neu bestimmt werden. Das wird ein schmerzlicher Prozeß werden.

Ich sage deutlich: Ich halte den Weg über weitere Steuererhöhungen für einen bedenklichen Weg, der nur für einen vorübergehenden Zeitraum beschränkt werden darf. Immer muß geprüft werden, was den Bürgern und der Wirtschaft noch zugemutet werden kann.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Immer wieder ist zu fragen:

- (B)
- Wie sieht eine faire Lastenverteilung aus?
 - Was paßt in die konjunkturpolitische Landschaft?
 - Wie läßt sich eine Ost/West-Neiddiskussion vermeiden?

Politik wird erneut beweisen müssen, daß sie zum verantwortungsbewußten Umgang mit Haushaltsmitteln in der Lage ist. Dazu gehört auch, daß Einsparungen zuerst nur zur Absenkung der Neuverschuldung und zur Deckung zwangsläufiger Mehrausgaben zur Verfügung stehen können. Denn es hilft in dieser Situation wenig weiter, alle Einsparungen gleichzeitig nur wieder zur Deckung von zusätzlichen Ausgabenwünschen zu verwenden.

Lösungsvorschläge, die die Kosten der deutschen Einheit jeweils nur auf eine andere Ebene verlagern, helfen nicht weiter. Zum fairen Umgang miteinander gehört, daß man nicht immer zu Lasten der anderen spart.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Sehr wahr!)

(C)

Nordrhein-Westfalen ist ein finanzstarkes Land. Nordrhein-Westfalen als größtes Bundesland hat nach dem Bundeshaushalt den größten Einzelhaushalt aller Gebietskörperschaften. Wir tragen deshalb besondere Verantwortung, wenn es gilt, Antworten auf die größten finanzpolitischen Herausforderungen in der Geschichte unseres Gesamtstaates zu finden. Der Landeshaushalt 1992 und auch die mittelfristige Finanzplanung bis 1995 werden diesen Anforderungen gerecht.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Da gibt es aber andere Meinungen!)

Die Landesregierung hat mit ihrem Haushaltsentwurf 1992 das getan, was einem Land aus eigener Kraft möglich ist. Sie wissen: Anders als der Bund haben wir keine eigenen Kompetenzen zur Steuerung unserer Einnahmenseite. Einem Land bleibt Gestaltungsspielraum nur auf der Ausgabenseite.

Die Landesregierung läßt sich bei den Haushalten der kommenden Jahre deshalb von einem einfachen, aber soliden finanzpolitischen Grundsatz leiten: Um für die vorstehenden finanziellen Herausforderungen gerüstet zu sein, müssen die Ausgabenzuwächse der kommenden Jahre jeweils deutlich unter den Einnahmewachsen bleiben.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das haben wir immer gesagt!)

Wir werden damit eine Praxis der Landesregierung in den 80er Jahren wieder aufnehmen und fortsetzen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Warum haben Sie die denn aufgegeben? - Abgeordneter Aigner [SPD]: Das weißt Du doch ganz genau!)

Für den Haushalt des Jahres 1992 rechnen wir mit Einnahmesteigerungen von 3,9 %. Das wird auf 5,4 % im Jahr 1995 ansteigen. Die vorgesehenen Ausgabensteigerungen von jeweils 3,5 % in den Jahren 1992 und 1993 sowie je 4 % in den Jahren 1994 und 1995 bleiben deutlich darunter.

Für die Ausgabenseite bedeutet das konkret: Wir werden in den kommenden Jahren gerade so viel

(D)

(A) (Minister Schleußer)

mehr ausgeben, wie zwangsläufig für Personal, Schuldendienst und Steuerverbündelungen an die Gemeinden aufgebracht werden muß. Das bedeutet weiter: Mehrausgaben in anderen Bereichen - weitere Ausgabensteigerungen auch in den Schwerpunkten Wohnungsbau, Kindertagesstätten und Altenpolitik - müssen durch Einsparungen an anderer Stelle aufgefangen werden.

Das ist ein ehrgeiziges Ziel, aber zu erreichen. Zur Umsetzung dieses Ziels hat die Landesregierung beschlossen:

1. Ein Moratorium für alle ausgabewirksamen Gesetze bis 1993.

Das bedeutet: Keine Gesetzesnovellierungen oder neuen Gesetzesvorhaben, soweit sie Mehrausgaben zur Folge haben oder zu Mindereinnahmen für Land oder Kommunen führen. Das fordern wir allerdings auch im Verhältnis vom Bund zu den Ländern und zu den Gemeinden.

2. Null-Stellen-Zuwachs 1992 und 1993.

Gegenüber 1991 werden in den nächsten beiden Jahren grundsätzlich keine neuen Stellenzugänge zugelassen. Soweit im Einzelfall zwingende rechtliche Gründe dennoch Personalvermehrungen unumgänglich machen, müssen diese erwirtschaftet werden, das heißt finanziell ausgeglichen werden.

3. Die Sachausgaben werden auf der Basis von 1991 eingefroren.

Das heißt: Es wird nur dort Ausgabenzuwächse geben können, wo dies unabweisbar ist. Alle anderen sächlichen Ausgaben werden auf dem Niveau des Jahres 1991 gehalten. Das bedeutet einen realen Rückgang. Denn inflationsbedingte Steigerungen werden nicht aufgefangen.

Der Haushaltsentwurf 1992 folgt dieser Linie.

Trotz dieser engen, dem Land vorgegebenen Handlungsmöglichkeiten werden die politischen Schwerpunkte der Regierungserklärung vom 15. August 1990 umgesetzt.

(C)

Wir halten unsere Zusagen:

- Nordrhein-Westfalen wird auch 1992 mindestens 27 000 Wohneinheiten fördern. Das Bewilligungsvolumen beträgt 2,7 Milliarden DM. Bis 1995 werden rund 110 000 neue Wohneinheiten gefördert werden.
- Für Kindergärten und andere Tageseinrichtungen sind im Haushaltsentwurf 1992 Mittel für 20 000 neue Plätze vorgesehen. Damit können schon in diesem und im kommenden Jahr annähernd 50 % der angekündigten Tageseinrichtungsplätze geschaffen werden. Das Bewilligungsvolumen zur Sicherung des Bestandes und zur Schaffung neuer Plätze beläuft sich 1992 auf 251,4 Millionen DM. Neben den investiven Mitteln stellt das Land für die Betriebskostenförderung im nächsten Jahr über 740 Millionen DM bereit. Bis 1995 werden die Landesauswendungen in diesem Bereich auf 970 Millionen DM ansteigen.
- Im Schwerpunktbereich Altenpolitik sollen im nächsten Jahr 2 700 neue Pflegeplätze geschaffen werden.

Zur Umsetzung des 2. Landesaltenplans, dessen Ziel es ist, alten Menschen so lange wie möglich die Selbständigkeit und den Verbleib in ihrer gewohnten Umgebung zu erhalten, stellt das Land insgesamt über 400 Millionen DM zur Verfügung. Zur Umsetzung des Altenplans werden bis 1995 insgesamt 654 Millionen DM in die Finanzplanung eingestellt.

Soweit zu den Eckpunkten der Regierungserklärung. Ich will zwei weitere Anliegen ansprechen:

Für Kohlehilfen sind im Landeshaushalt 1992 insgesamt 1,6 Milliarden DM veranschlagt. Einmal mehr droht der Bund hier mit Kürzungen. Die bisher genannten weiteren Einschnitte führen zu zusätzlichen Förderrückgängen und damit zu Entlassungen im Bergbau. Das kann nicht hingenommen werden.

(D)

(A) (Minister Schleußer)

(Zustimmung des Abgeordneten Sohns
[SPD])

Die Landesregierung besteht auf der Einhaltung geschlossener Verträge. Sie erwartet endlich Verhandlungen mit dem Bund, nicht nur Gesprächsnotizen.

Zum zweiten Punkt, dem Gemeindefinanzierungsgesetz:

Die Beschlüsse der Landesregierung zu den Finanzbeziehungen zwischen Land und Gemeinden haben im Vorfeld der Haushaltsberatung zu falschen Darstellungen geführt. Tatsache ist: 1992 werden mit 18,3 Milliarden DM über 27 % der bereinigten Gesamteinnahmen des Landes zur Verfügung stehen, rund 600 Millionen DM mehr als 1991, davon im Rahmen des Steuerverbundes 11,7 Milliarden DM. Die für die Gemeinden besonders wichtigen Schlüsselzuweisungen steigen mit 3,5 % in gleicher Höhe wie die Gesamtausgaben des Landes.

Für den gesamten Finanzplanungszeitraum ist vorgesehen, die Schlüsselzuweisungen im Gleichklang mit der Gesamtausgabensteigerungsrate des Landeshaushalts wachsen zu lassen.

(B) (Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf]
[GRÜNE]: Wer's glaubt wird selig!)

Ich will daran erinnern: Von 1986 bis 1991 sind die Gesamtausgaben des Landes - ohne die Leistungen an die Kommunen - um 19,2 % gestiegen, die Steuerverbundeleistungen aber um 36,3 %, also um etwa 17 Prozentpunkte mehr.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Und die Steuereinnahmen?)

Durch die Abrechnungsautomatik des Steuerverbundes wird es nicht jedes Jahr zu übereinstimmenden Raten kommen. Das ist für Kommunalpolitiker nicht ungewöhnlich. Der Vergleich von nur auf ein Jahr bezogenen Steigerungsraten eignet sich deshalb auch nicht für Polemik.

Neu ist die Regelung, die Gemeinden wie nach dem Grundgedanken über den Fonds "Deutsche Einheit"

(C)

mit 44 % an den Transferleistungen zugunsten der neuen Länder zu beteiligen.

Wer akzeptiert, daß der Aufbau der neuen Länder eine gesamtstaatliche Aufgabe ist, muß auch akzeptieren, daß alle Ebenen entsprechend ihrer Finanzkraft dazu beitragen. Für Nordrhein-Westfalen bedeutet dies, daß die Gemeinden über die normalen Auswirkungen im Steuerverbund hinaus einen Finanzbeitrag von 367,5 Millionen DM zu leisten haben. Dieser Beitrag soll festgeschrieben werden, das heißt: Weitergehende Risiken, die sich aus der tatsächlich ungünstiger verlaufenden Aufkommensentwicklung bei der Umsatzsteuer in den neuen Ländern ergeben, trägt das Land.

Damit wird den Gemeinden Planungssicherheit gegeben. Im Ergebnis heißt das: Die Gemeinden werden dadurch nur mit knapp 33 % an den tatsächlichen Umsatzsteuertransferleistungen des Landes beteiligt. Um die Gemeinden durch den Solidarbeitrag nicht zusätzlich zu belasten, werden im Gegenzug Zweckzuweisungen in derselben Höhe aus dem Steuerverbund ausgelagert und künftig voll in den Landeshaushalt übernommen.

Meine Damen und Herren, insgesamt steigt das Haushaltsvolumen um 2,5 Milliarden DM oder 3,5 % auf 73,8 Milliarden DM. Über 70 % des Steigerungsbetrages, nämlich rund 1,7 Milliarden DM, entfallen auf die Personalkosten.

(D)

Neben den Tarifsteigerungen und den allgemeinen strukturell bedingten Erhöhungen kommt in diesem Zuwachs ein Grundproblem zum Ausdruck, das sich bis zur Jahrtausendwende noch verschärfen wird: die heranwachsende Versorgungslast. Hier baut sich eine Dynamik auf, die durch einen Vergleich der Daten der Jahre 1980 und 1990 augenfällig wird: In diesem Zeitraum stiegen die Dienstbezüge für das aktive Personal um 29,5 %, die Versorgungsbezüge aber um 50,8 %. Die großen Zuwächse bei der Zahl der Versorgungsempfänger liegen allerdings noch vor uns, sie werden in diesem Jahrzehnt deutlich. Diese Entwicklung wird sich daher in den kommenden Jahren drastisch verstärken.

Nach den Personalausgaben nehmen die Ausgaben für den Schuldendienst vom Volumen her am stärksten

(A) (Minister Schleußer)

zu. Hierfür sind 1992 842 Millionen DM oder 11,3 % mehr aufzuwenden als 1991. In dieser Steigerungsrate schlägt sich auch der gegenüber den Vorjahren deutlich höhere Kapitalmarktzins nieder.

Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse steigen 1992 um 1,6 % auf 23,8 Milliarden DM. Im Finanzplanungszeitraum sollen sie um gut 2 % anwachsen. Hier sind insbesondere die allgemeinen Zuweisungen an die Gemeinden im Rahmen des Steuerverbundes enthalten. Da diese um 3,5 bzw. 4 % wachsen sollen, bedeutet das einen Rückgang in vielen anderen Zuweisungsbereichen.

Die investiven Ausgaben gehen im nächsten Jahr um 3,4 % auf dann 9,9 Milliarden DM zurück. Hier machen sich vor allem die rückläufigen Zuweisungen des Bundes bemerkbar.

Die sächlichen Verwaltungsausgaben steigen um 171 Millionen DM auf 3,3 Milliarden DM.

Meine Damen und Herren, auf der Einnahmenseite rechne ich mit Gesamteinnahmen von 67,4 Milliarden DM, das sind 2,5 Milliarden mehr als 1991. Die Steuereinnahmen werden 1992 nach der letzten Steuerschätzung 57,1 Milliarden DM erreichen.

(B)

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Phantastisch!)

Das sind 2,8 Milliarden DM oder 5,2 % mehr als im laufenden Haushalt.

(Beifall bei der CDU)

Mit diesen Steuereinnahmen können rund 78 % der Landesausgaben finanziert werden. Das ist dann - wie in den vergangenen Jahren - die höchste Steuerfinanzierungsquote aller Flächenländer. Bezogen auf die Gesamteinnahmen heißt das: Rund 85 % der bereinigten Gesamteinnahmen unseres Landes stammen aus Steuern; eine Quote, die kein anderes Land erreicht.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: So toll sind die in Bonn!)

Aber hier liegt zugleich ein spezifisches Risiko für den Haushalt des Landes. Steuerausfälle durch zu-

(C)

rückgehende Konjunktur oder durch Entscheidungen auf Bundesebene treffen uns in Nordrhein-Westfalen daher besonders stark. Das ist ein Grund mehr, bei der Schätzung der Steuereinnahmen sorgfältig zu sein.

Hier will ich gleich einen Einwand vorwegnehmen oder mögliche Erwartungen dämpfen: Wer meint, über einen höheren Steueransatz zusätzlichen Spielraum auch für Ausgaben finden zu können, der irrt. Nach derzeitigem Erkenntnisstand ist der Steueransatz ausgereizt. Sicher, unser Steueransatz ist vorsichtig, weil wir heute schon wissen: Im ersten Quartal 1992 werden hohe Umsatzsteuertransferleistungen zusätzlich in die neuen Länder aufgrund der Abrechnung des Jahres 1991 fällig, weil sich in 1991 das Umsatzsteueraufkommen in den fünf neuen Ländern nicht annähernd so entwickelt, wie es vorausgeschätzt war. Hält diese Entwicklung 1992 an - wofür es viele Anzeichen gibt -, bedeutet das zusätzlich erhöhte Transferleistungen, die sich in Mindereinnahmen ausweisen - weit über die von den Steuerschätzern vorausgesagten 2,3 Milliarden DM hinaus. Das muß einkalkuliert werden.

Sollte das Steuerergebnis 1992 günstiger ausfallen als bisher anzunehmen, müssen diese Mehreinnahmen für eine Rückführung der Neuverschuldung eingesetzt werden. Für Mehrausgaben lassen sie keinen Raum.

(D)

Bei bereinigten Einnahmen von 67,4 Milliarden DM und bereinigten Ausgaben von 73,5 Milliarden DM ergibt sich für 1992 ein Finanzierungssaldo von 6,1 Milliarden DM und eine Nettokreditermächtigung in gleicher Höhe.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Die erhöhen, erhöhen, erhöhen!)

Damit ist nach Auffassung der Landesregierung das äußerste noch vertretbare Maß bei der Neuverschuldung erreicht.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Es ist schon zu viel!)

Es ist wegen der besonderen Situation, in der sich auch die Länderhaushalte mit dem deutschen Einigungsprozeß befinden, nur kurzfristig vertretbar. In der mittelfristigen Finanzplanung wollen wir die

(A) (Minister Schleußer)

Neuverschuldung kontinuierlich zurückführen auf 4,3 Milliarden DM im Jahre 1995.

Die Landesregierung ist sich bewußt, daß mit dieser engen Vorgabe viele Ausgabenwünsche - so berechtigt sie auch im Einzelfall sein mögen - in den kommenden Jahren nicht erfüllt werden können. Weitere Verbesserungen von Leistungsstandards, die Ausweitung von bestehenden Förderprogrammen oder neue Förderprogramme und -maßnahmen wird es mittelfristig nicht geben können.

Für Nordrhein-Westfalen gilt allerdings: Der allgemeine Leistungsstandard in allen Politikbereichen ist hoch. Wir verfügen über eine gut ausgebaute und funktionierende Verwaltung und haben eine anerkannt gute Infrastruktur. Es ist zumutbar, in den kommenden Jahren nicht noch weitere kostenträchtige Aufgaben zusätzlich zu finanzieren. Wo punktuell Verbesserungen notwendig sind, werden sie dann vorgenommen werden können, wenn sie durch Einsparungen an anderer Stelle aufgefangen werden.

Die Landesregierung hat eine interministerielle Arbeitsgruppe "Programmwirksamkeit" eingerichtet. Alle Förderprogramme des Landes werden kritisch überprüft, ob es angesichts der Kosten der deutschen Einheit und bei knapper werdenden Mitteln notwendig sein wird, stärker zu differenzieren und dabei gleichzeitig zu konzentrieren.

(B)

Für die bevorstehenden Haushaltsberatungen muß aus Sicht der Landesregierung gelten: Wer mehr fordert, muß konkret sagen, wie diese Ausgabe gedeckt werden soll. Dabei können nur seriöse, gleichwertige Einsparangebote akzeptiert werden.

Um ein Ritual vorweg zu nehmen: Den Ausverkauf des Landesvermögens, d. h. einmalige Einnahmen, um daraus dauerhafte Mehrausgaben decken zu wollen, wird es nicht geben.

Meine Damen und Herren, einige Bemerkungen zu den möglichen Risiken für die kommenden Haushalte:

Der Bund plant massive Einschnitte bei den berufsbildenden Schulen, den Hochschulen, der Forschung, den Qualifizierungs- und Berufsbildungszentren, der regionalen Wirtschaftsförderung, der Koks- und Kohlenbei-

hilfe, dem Straßenbau, der Städtebauförderung und den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Hier sollen ab 1992 Mittelkürzungen von rund einer Milliarde DM jährlich vom Land verkraftet werden.

Dabei sind die Auswirkungen durch die beabsichtigte Aufhebung der Strukturhilfe - Nordrhein-Westfalen ist daran mit 756 Millionen DM beteiligt - noch nicht berücksichtigt. Der Vorschlag zur Strukturhilfeänderung liegt nun auf dem Tisch. Er ist so nicht akzeptabel. Unsere Position hierzu ist bekannt. Wir werden an die Forderungen anknüpfen, die damals Gegenstand der sogenannten Sieben-Länder-Initiative waren, d. h. bei der Beteiligung des Bundes an den Sozialhilfekosten vor allen Dingen in den Gemeinden.

Zurückgehende Bundesmittel: das bedeutet weniger an Leistungen für und in Nordrhein-Westfalen, das bedeutet weniger für unsere Wirtschaft und die Menschen in unserem Lande.

Ausfallende Bundesmittel können nicht durch Landesmittel ersetzt werden. Alle Leistungsminderungen müssen voll auf den Letztempfänger durchschlagen.

Es macht in der staatlichen Gesamtrechnung keinen Sinn, wenn eine Haushaltsebene ihre Ausgaben zurückfährt und dann diese Ausgaben von einer anderen Haushaltsebene zusätzlich getragen werden sollen.

(D)

Meine Damen und Herren, ein erhebliches Risiko für den Landeshaushalt sehe ich auch bei der Frage: Wie hoch ist der Finanzbedarf der neuen Länder? Wie soll er gedeckt werden?

Nordrhein-Westfalen wird sich auch in Zukunft aus gesamtstaatlicher Verantwortung dieser Frage nicht entziehen und solidarisch an den Antworten mitwirken.

Da gibt es nun Stimmen auf Bundesebene, die abweichend vom Einigungsvertrag eine sofortige Einbeziehung der neuen Länder in den Länderfinanzausgleich fordern.

Das Kölner Institut der Wirtschaft beziffert in einer vor kurzem veröffentlichten Studie das notwendige Finanzvolumen mit knapp 28 Milliarden DM, wenn

(A) (Minister Schleußer)

die neuen Länder schon jetzt voll in den Finanzausgleich einbezogen würden. Für Nordrhein-Westfalen wären das knapp 8,5 Milliarden DM. Da ist die Grenze der finanziellen Belastbarkeit aller Westländer deutlich überschritten.

"Sofortige Einbeziehung der neuen Länder in den Länderfinanzausgleich würde finanziellen Ruin der alten Länder bedeuten", urteilt mein Kollege in Baden-Württemberg. Mein bayerischer Kollege kritisiert: "Die Forderung läßt jeglichen finanzpolitischen Sachverstand vermissen." Ich kann das nur unterstreichen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Es bleibt den Ländern nur ein enger Spielraum für weitere zusätzliche Aufbauhilfen. Weitere erhebliche Einnahmeausfälle und zusätzliche Ausgaben sind mit diesem engen Finanzgerüst nicht aufzufangen. Bereits jetzt zeigt sich ein Ungleichgewicht in der bundesstaatlichen Finanzverteilung zu Lasten der Länder und Gemeinden, das sich bis 1995 weiter verschärfen wird.

(B) Das Finanzierungsdefizit des Bundes wird sich nach seinen eigenen Planzahlen bis 1995 halbieren, bei Ländern und Gemeinden insgesamt aber von 46,5 Milliarden DM auf über 60 Milliarden DM ansteigen. Nach Berechnungen der Länderseite steigt die Haushaltslücke bei Ländern und Gemeinden bis 1995 sogar auf 88,5 Milliarden DM an.

Bei den Westländern bleibt selbst nach den Zahlen des Bundesfinanzministers der Finanzierungssaldo bis 1993 mit 22 Milliarden DM auf der gleichen Höhe wie im Jahre 1991. Das Defizit des Bundes wird dagegen von 67,4 Milliarden DM um 20 Milliarden DM auf dann 46 Milliarden DM absinken.

Dies ergibt sich, weil sich der Bund bei den Kosten der deutschen Teilung entlastet, seine Ausgaben im sozialpolitischen Bereich durch Beitragserhöhungen, zum Beispiel Ausgabenverlagerung auf die Bundesanstalt für Arbeit, mindert, Aufgabenverlagerungen zu Lasten der Länder und Gemeinden durch einen Rückzug aus den Gemeinschaftsaufgaben vornimmt und sich in erheblichem Maße zusätzliche Einnahmen verschafft.

(C)

Die Steuerfinanzierungsquote, das heißt also der Anteil, mit dem der Bund seine Ausgaben aus Steuereinnahmen bezahlen kann, wird von 72,6 % im Jahre 1990 auf 88,7 % im Jahre 1995 ansteigen. Das ist eine Verbesserung von 16,1 Prozentpunkten. Bei den Ländern dagegen lautet die Vergleichszahl von 66,8 % auf 76,2 %. Das ist nur eine Zunahme um 9,4 %.

Wohlgemerkt: Das sind keine Zahlen aus Nordrhein-Westfalen, das sind die Zahlen des Bundesfinanzministers. Sie sehen: Die Schere geht auseinander, die Schiefelage verschärft sich. Hier ist eine Korrektur überfällig. Das muß geregelt sein, bevor über weitere Finanzierungsbeiträge der Alt-Länder zugunsten der Neu-Länder gesprochen werden kann.

Zum Abbau dieser Schiefelage sehe ich im wesentlichen zwei Instrumente: eine Neuverteilung der Umsatzsteuer zugunsten der Länder und eine Beteiligung der Länder und Gemeinden am Mineralölsteueraufkommen.

(D) Die Beiseitigung der Schiefelage - nicht nur im Bundesländer-Verhältnis, sondern auch in den Auswirkungen auf die Menschen in unserem Lande - prägt die Haltung der Landesregierung zum Steueränderungsgesetz 1992. Ich will mich hier auf die beiden wesentlichen Punkte konzentrieren: die geplanten Neuregelungen zum Familienlastenausgleich und die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung von Steuernenkungen für Großunternehmer und Großvermögen.

Zunächst zum Familienlastenausgleich: Um dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts zu entsprechen, will die Bundesregierung das monatliche Erstkindergeld lediglich um 20 DM, den jährlichen Kinderfreibetrag dagegen zusätzlich um 1 080 DM auf dann 4 104 DM erhöhen. Diese Regelung ist nach Auffassung der Landesregierung sozial ungerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden die Neuregelung des Familienlastenausgleichs in dieser Form nicht mittragen. Wir werden unser Konzept weiter verfolgen: keine Erhöhung der Kinderfreibeträge, stattdessen weitere Anhebung des Kindergeldes im Rahmen des finanziell Machbaren, das heißt auf 125 DM monatlich für das erste Kind.

(A) (Minister Schleußer)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Weil Ihr nicht mitbezahlen wollt! - Beifall bei der SPD)

Zur Unternehmenssteueränderung: Hier wird zur Zeit eine für den Normalbürger nur schwer verständliche Diskussion über Spitzensteuersätze, über Grenzsteuersätze, über Bemessungsgrundlagen oder über die sogenannten gewinnunabhängigen Steuerbestandteile geführt. Das Ergebnis ist aber häufig durch die jeweilige Interessenlage desjenigen, der den Vorschlag macht, geprägt.

Ich sage: Die Landesregierung verschließt sich nicht der Diskussion, ob eine steuerliche Entlastung der Unternehmen aus Gründen der Standortqualität der Bundesrepublik und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie richtig und sinnvoll wäre. Nur: Die gegenwärtige Finanzlage der öffentlichen Haushalte erlaubt jetzt keine Änderung der Unternehmensbesteuerung, die zu wesentlichen Steuerausfällen führt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und: Entlastungen bei den Unternehmenssteuern, die durch zusätzliche Belastungen der vielen in unserem Lande durch eine Umsatzsteuererhöhung finanziert werden, würden zu Recht auf den massiven Widerstand der meisten Steuerbürger stoßen. Sie wird es mit dieser Landesregierung nicht geben.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen wissen: Die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Steuerentlastung der Unternehmer führen zu Steuerausfällen durch die Änderungen des Gewerbesteuerergesetzes von jährlich 3,6 Milliarden DM. Für die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen bedeutet das ein Minus von 1,6 Milliarden DM, bei der Vermögenssteuer Ausfälle in Höhe von 2,6 Milliarden DM, die allein von den Ländern zu tragen wären. Für Nordrhein-Westfalen wären das etwa 750 Millionen DM. Ich sage: Das ist so nicht hinnehmbar.

Steuerliche Entlastungen im Unternehmensbereich von über 6 Milliarden DM passen nicht in eine politische Landschaft, die vom großen Finanzbedarf zum Aufbau der neuen Länder geprägt ist. Globale Senkungen

(C)

der Unternehmenssteuern passen nicht in eine Zeit, in der zur Finanzierung der Aufbaulasten von der Mehrzahl der Bürger in unserem Land erhebliche Steuerlasten getragen werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Ich stelle abschließend fest:

Die Finanzpolitik steht vor ihrer bisher größten Herausforderung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Die sich abzeichnende Neuverschuldung des Gesamtstaates ist zu hoch. Sie muß gesenkt werden.

Wir müssen Klarheit schaffen über den Finanzbedarf unseres Staates. Wir müssen die Kosten des Einigungsprozesses solide finanzieren. Dazu müssen alle an einen Tisch. Nordrhein-Westfalen als größtes Bundesland ist weiterhin bereit, solidarisch seinen Part zu übernehmen.

Auf der Ausgabenseite müssen alle Ausgaben auf den Prüfstand. Tabus kann es nicht geben.

Verbesserungen auf der Einnahmenseite können erst dann akzeptabel werden, wenn alle Sparmöglichkeiten aufgegriffen wurden. Am Anfang steht das ernsthafte Sparen. Bei jeder Überlegung zur Einnahmeverbesserung muß die soziale Symmetrie im Vordergrund stehen.

(D)

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat einen Haushalt vorgelegt, der den vor uns liegenden Herausforderungen gerecht wird. Wir gestalten die Zukunft, auch in einer Zeit besonderer Finanzprobleme des Gesamtstaates. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich danke Ihnen, Herr Finanzminister. - Ich erteile jetzt zur

Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes und des Solidarbeitraggesetzes